

Kammerzwang: Eine sinnlose Kostenbelastung der deutschen Wirtschaft

Interessenvereinigungen sind an und für sich eine gute Sache, sofern Sie wirklich zwei Voraussetzungen erfüllen, einmal die, daß die Vereinigung die Interessen seiner Mitglieder vertritt und einmal die, daß die Mitgliedschaft in der Vereinigung freiwillig ist.

Bei den deutschen Industrie- und Handelskammern sind beide Voraussetzungen erfolgreich verfehlt. Die Mitgliedschaft besteht unter Zwang. Das erinnert an kollektive Sklavenhaltung. Anders kann der Zwang in einer Vereinigung, deren Zweck die Zwangsmitgliedschaft ist, nicht bezeichnet werden. Hinzu kommt, die Industrie- und Handelskammern wollen die Interessen aller Mitglieder vertreten. Ein Anspruch, der interpretiert auf die Unfehlbarkeit des Papstes übertragen werden kann. Unsere Wirtschaft lebt, gedeiht unter dem Konkurrenzkampf. Dieser Kampf ist so alt wie die Menschheit. Ohne den Konkurrenzkampf hätte vor zigtausend Jahren keiner eine rund Scheibe gefunden, die den Berg hinabrollt. Heute nennen wir das Rad. Industrie- und Handelskammern und deren Chefs setzen alles daran, das Rad neu zu erfinden. Sie scheuen weder Kosten noch Mühe, die rekrutierten Zwangsmitglieder davon

Windparks kosten . . .

nünftige Abhilfe denkt, sowohl in den Stromkonzernen, noch weniger in der Regierung, keiner. Die Abhilfe und Minderbelastung kann in einem gestaffelten Strompreis liegen. In der Praxis ist dieses ohne große Umrüstkosten möglich. Bisher müssen die Stromunternehmen rund um die Uhr Vollast in den Leitungen vorhalten. Das bedeutet, weil es für Strom noch keine Speicherkapazitäten gibt, daß eine Leistung auch zu den Zeiten geliefert werden muß, an denen sie gar niemand braucht. Gestaffelte Strompreise, sähen dann so aus. An Wochenenden und in den Nachtstunden wird der Strom, weil weniger Nachfrage aus der verarbeitenden Industrie und dem Handel besteht, billiger. In Zeiten an denen Vollast zu erwarten ist eben sehr teuer. Zumindest wäre dies ein Lösungsansatz um Strom für alle Haushalte erschwinglich zu machen und um die Energiewende einigermaßen schadlos zu überleben.

zu überzeugen, daß das Rad erfunden werden muß. Für diese bahnbrechende Idee und unersetzliche Erneuerung, verlangen die IHKn eine jährliche Gebühr, die sich ab einer Mindestbeteiligung, nach oben am Umsatz orientiert. Dafür interessieren sich mehr als 90 Prozent der zwangsverpflichteten Gebührenzahler sehr wenig um die Arbeiten an der Rad-Erfindung. Ach so, sie bekommen noch mehr für's Geld: Einladungen zu Ausschußwahlen, monatlich eine Postille, die weniger als 15 Prozent liest. Wäre sie nicht in den Gebühren bereits enthalten, müßte man von einer verbreiteten Auflage von weniger als fünf Prozent, gemessen an der Druckauflage reden. Im Vergleich dazu KAPITALforum, viel kleiner und ohne Zwangsbeiträge bringt es im Verhältnis zur Druckauflage zu einer verbreiteten Auflage von immerhin 58 Prozent. Dann wären da noch die Prüfungen der kaufmännischen Lehre - nur Halt, die haben einen kleinen Haken: Unabhängig von den erhobenen Jahresprüfungen müssen diese Dienste extra bezahlt werden.

Dazu kommt noch die Hackfleischverordnung für angehende Kneipiers. Dafür bezahlt man extra ein Seminargebühr und darf sich dann - sofern man nicht gleich ein spannendes Buch mitbringt - vier Stunden lang darüber ärgern, daß der Referent weiß, daß Hackfleisch sehr schnell verdirbt. Meine Oma wußte das auch - sogar ohne IHK! Das Rad ist inzwischen erfunden worden, als das geschah gab es noch keine IHK! Trotzdem brauchen wir Räder, ganz besonders das Räderwerk der IHK, die stets um sich selbst kreist und im Sog nicht mehr tragbare oder abgewählte Politiker anzieht. Eigentlich sind diese Politiker Vertreter einer Demokratie. Die abgewählten Politiker und neue Chefs bei den IHKn müssen allerdings zuerst einmal umdenken. Heute Sonnenschein versprechen und Morgen für Regen beten, das können sie schon. In diesem Metier der nicht eingehaltenen Versprechungen sind sie bereits Meister und

passen ausgezeichnet in jede Industrie- und Handelskammer. Schäuble und Merkel wollen sparen, sagen sie. Ein Ansatz wäre der Bürokratieabbau. All das Gerede darüber war bisher nichts als heiße Luft. Statt weitgehend nutzlose und überflüssige kostenträchtige Gesetze, Verwaltungsanweisungen und Verordnungen einfach ersatzlos zu streichen, haben sie inzwischen über 5.000 neue beschlossen. So beschafften sie sich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach der anderen, anstatt die brennenden Probleme unseres Landes und vor allem unserer Wirtschaft endlich einmal zu bewältigen.

Jährlich verlorene Milliarden

Aber nicht nur diese Gängelei und Behinderung belastet unsere Unternehmen, sondern auch eine Vielzahl an Nebenkosten, von denen einige weder sinnvoll noch verhältnismäßig sind und in der Summe Wachstum und Vollbeschäftigung verhindern. Die staatlich verordnete Bürokratie hat sich wie ein Spinnennetz über Deutschland gelegt und lähmt Innovation und Leistung. Die Unternehmer wollen, aber sie dürften nicht und zu oft wird ihnen Zeit und Geld genommen., die eigentlich für wichtige Entscheidungen und Innovationen da sein sollte.

In der Summe sind es rund 60 Milliarden Jahr für Jahr, die den Unternehmen fehlen, weil diese in Zwangsmitgliedschaften, Künstlersozialkassen, GEZ- und Gemagebühren einbezahlt werden müssen. Könnten die deutschen Unternehmen nur 10 Prozent der unnützen Zwangsabgaben und den gleichen Prozentsatz in Geldwert für überflüssige Bürokratie in innovative Produktionsmodelle einsetzen. Wir bräuchten uns für die kommenden 20 Jahre in der Weltwirtschaft keine Sorgen machen. Dafür schleppen wir immer noch antisemitische Zwangsabgaben an Einrichtungen mit uns herum, die der Wirtschaft unterm Strich nichts bringen. Genau genommen hat man sie bei der Entnazifizierung vergessen. Filbinger hatte man auch vergessen, aber der ist inzwischen Geschichte, die Industrie- und Handelskammern sind leider immer noch Gegenwart. Jedenfalls Politiker zur Aufgabe des Kammerzwangs zu bewegen, dürfte der falsche Weg sein.

KAPITALforum zeigt Ihnen wie es gehen kann. Kurze Email an: service@kapitalforum.info oder anrufen 06456 / 81200